

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 244.

Neuenbürg, Mittwoch, den 18. Oktober 1922.

80. Jahrgang.

Der Kaiser über den Kriegsausbruch.

Im letzten Kapitel seiner „Erinnerungen“ behandelt der Kaiser nach den Veröffentlichungen der „Agence Radio“ die Kriegserklärung. Es heißt darin: „Als die Nachricht von der Ermordung meines Bruders, des Erzherzogs Franz Ferdinand, eintraf, verließ ich die Kieler Woche und kehrte nach Hause zurück, denn ich hatte die Absicht, mich nach Wien zu dem Leichenbegängnis zu begeben. Aber von Wien aus hat man mich auf das Projekt zu verzichten. Ich erfuhr später, daß man anderen Fragen auch die meiner persönlichen Sicherheit zugewandt war, eine Ermordung, die ich selbst natürlich nicht gelassen hätte. Sehr demütigt über die Wendung, welche die Ereignisse nehmen konnten, beschloß ich damals, meine Nordlandreise aufzugeben und in Berlin zu bleiben. Der Kanzler und das Auswärtige Amt hatte eine andere Anschauung. Sie wünschten gerade, daß ich die Reise unternehmen sollte, die auf Europa beruhigende Wirkung ausüben werde. Lange leistete ich Widerstand, aber Bethmann-Hollweg legte mir, daß die Aufgabe einer angelegentlichsten Reise den Glauben erwecken könne, daß die Lage viel schwerer sei, als sie damals in Wirklichkeit war. Der Bericht auf meine Reise hätte sogar zur Entfesselung des Krieges führen und dafür könnte man mich verantwortlich machen. Ich konferierte mit dem Chef des Generalstabes. Er betrachtete die Lage ruhig und bat, seinem Urteil zu vertrauen. Als ich dies sah, entschloß ich mich schweren Herzens, auf die Reise zu gehen. Der berühmte Kronrat vom 6. Juli oder fand niemals statt. Das ist eine Entdeckung späterer Leute. Meine Flotte befand sich in Fjords von Norwegen. Während meines Aufenthalts in Ballholmen überließ mir der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten nur selten Nachrichten. Ich wurde gleichwohl durch die norwegische Presse unterrichtet. Ich sah ein, daß die Lage immer schwieriger wurde und telegraphische Nachrichten an den Kaiser und das auswärtige Amt, wobei ich denselben erklärte, daß ich es für nötig halte, zurückzuführen. Jedermal hat man mich, die Reise nicht zu unterbrechen. Als ich erfuhr, daß die englische Flotte nach der Bucht von Spithead nicht aufgelöst wurde, sondern zusammen blieb, telegraphierte ich noch einmal nach Berlin, daß meine Rückkehr mir nötig erscheine. Mein Standpunkt wurde aber nicht geteilt. Als ich aber durch die norwegische Presse erfuhr, — Berlin hatte mir nichts davon gesagt —, daß Österreich ein Ultimatum an Serbien abgab, und als ich die Note Serbiens an Österreich kennen lernte, kehrte ich ohne weiteres abzuwarten, zurück und befahl der Flotte, sich nach Wilhelmshaven zu begeben. Im Augenblick der Abreise erfuhr ich aus norwegischer Quelle, daß ein Teil der englischen Flotte in die nördlichen Gewässer abgedrängt war und den Auftrag hatte, während wir uns noch im Friedensstand befanden, sich meiner zu bemächtigen.“

Wichtig zu bemerken ist folgendes: Am 26. Juli hatte man im Auswärtigen Amt dem englischen Botschafter Edward Rosen erklärt, daß meine spontane Rückkehr bedauerlich sei, weil sie demobilisierende Gerüchte hervorrufen könne. Nach Botschafter zurückgekehrt, fand ich den Kaiser und das Auswärtige Amt in Konflikt mit dem Chef des Generalstabes. General v. Moellke drückte die Ansicht aus, daß der Krieg unbedingt ausbrechen werde, während Kanzler und Auswärtiges Amt überzeugt waren, daß man hierzu nicht gelangen werde. Der Krieg könne vermieden werden. Erforderlich sei lediglich, daß ich nicht den Mobilisationsbefehl erteile. Dieser Streit ging durch die nächsten Tage hindurch fort. Als man General v. Moellke mitteilte, daß die Kaiser die Kaiser längs der Grenze anzuordnen, daß sie die Bahngelände an den Grenzstationen aufräumen und große Mobilisationspläne ausgeben, begann die Diplomatie in der Wilhelmstraße zu begreifen. Das beweist klar, daß man im Juli 1914 zum Krieg nicht bereit war. Würde man endlich das aufhören, zu sagen, daß wir den Krieg vorbereitet hätten! Im Frühjahr 1914, als der russische Botschafter den russischen Zaren Nikolaus II. fragte, welches seine Projekte für das nächste Jahr seien, antwortete der Zar: „Ich bleibe dieses Jahr zu Hause, weil wir Krieg haben werden.“ Diese Antwort soll dem Kanzler Bethmann-Hollweg bekannt geworden sein. Ich wußte aber damals nichts davon, und erst im November 1918 habe ich davon erfahren. Das ist derselbe Zar, der mir 1914 in Fjords in der Wallfischbucht aus eigenem Antrieb sein Antwort gab, daß er durch einen Sündenbruch und durch eine Ermordung noch feierlich bekräftigte, daß er niemals das Schwert gegen Deutschland ziehen werde, falls ein Krieg in Europa ausbräche, und daß er das Schwert niemals an der Seite Englands ziehen werde. Dies tat er in Anerkennung der treuen freundschaftlichen Haltung, die der deutsche Kaiser während des deutsch-japanischen Krieges bewiesen hatte, während England, England einen schlimmen Streich gespielt hatte. Er haßte England. Der Kaiser wiederholte dann, was er bereits früher erwähnt hatte, daß er sich im Frühjahr 1914 mit Ausgrabungsarbeiten auf Korfu beschäftigte. Aber während dieser Zeit betrat die Feinde den Angriff vorbereitet.

Die deutsche Diplomatie dagegen versagte, sie sah den Krieg nicht kommen, sie wollte, daß der Frieden um jeden Preis aufrecht erhalten werden solle. Den Angehörigen muß die Diplomatie nicht die richtige Bedeutung bei. Auch darin kann man einen Beweis für die friedliebende Gesinnung Deutschlands erblicken. Die Ansichten des Auswärtigen Amtes erregten im Lande eine gewisse Opposition, ebenso im Generalstab und

der Admiralität, die im Bewußtsein ihrer Pflicht Warnungen erteilten und wollten, daß man sich zum Widerstand vorbereite. Die Armee konnte es dem Auswärtigen Amt nicht verzeihen, daß sie durch die Fehler des Auswärtigen Amtes überrascht worden war, und die Diplomaten waren verärgert, weil trotz ihrer Haftung der Krieg ausgebrochen war.

Deutschland.

Berlin, 17. Okt. Der „Vorwärts“ behauptet, General v. Soudt habe sich gegen die Absicht, den Grafen Brodowski-Kangau als Befehlshaber nach Moskau zu senden, ausgesprochen, und kritisiert daran die Frage, ob der Kommandeur der Reichswehr nach dem Ausbruch der Heeresleitung sich in die politischen Geschäfte zu mischen wünsche. Man wird einstweilen die Meldung als recht glaubwürdig ansehen dürfen.

Berlin, 17. Okt. Wie schon die Polen die Deutschen in den neuen polnischen Gebieten behandelt, zeigen die Beschlüsse des polnischen Landtags in Katowitz am 13. Oktober. Diese besagen, daß das Oberpräsidium nur an einen Polen fallen darf. Ferner wurde beschlossen, auf deutsche Anfragen in den Verhandlungen nur polnisch zu antworten. Der bekannte Heber gegen Deutschland, Abg. Korfantsch, schrieb bei der Besprechung dieser Angelegenheit in den Saal: „Denken Sie an die Leiden des polnischen Volkes. Die Anfrage in dem polnischen Mutterland muß in polnischer Sprache sein. In dem Augenblick, wo Sie zu Polen kam, müßt Sie auch gehen!“

Berlin, 17. Okt. Im Anschluß an die Vorfälle, die den preussischen Richterverein und das Kölner Richterkollegium gegen das von der Interalliierten Rheinlandkommission ergriffene Verbot der Vollstreckung der gegen den Doberwälder Emweis erlassenen rechtskräftigen Strafurteile deutscher Gerichte protestieren haben, wird bekannt, daß auch die Reichsregierung sich bereits mit der Angelegenheit befaßt hat und daß Schritte gegen den internationalen Eingriff in die deutsche Rechtsprechung bevorstehen.

Berlin, 17. Okt. Die Kosten der Genuev-Konferenz betragen für Deutschland etwa 20 bis 23 Millionen Mark, das ist der hundertste Teil der Summe, die in diesen Tagen von einigen Mächten getannt wurde. — Eine japanische Militärmission traf in Begleitung eines französischen Majors in Koblenz ein, um die Besatzungsverhältnisse im Rheinland kennen zu lernen. Die Mission begibt sich auch nach Köln und Düsseldorf.

Gemeinsame Vertrauensklärung für den Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Okt. Auf Grund des Ergebnisses der heutigen interfraktionellen Besprechung beim Reichspräsidenten hält es das „Tageblatt“ für wahrscheinlich, daß die Koalitionsparteien zusammen mit der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der dem Reichspräsidenten das Vertrauen ausgedrückt und er ersucht wird, das Amt vorläufig weiterzuführen.

Berlin, 17. Okt. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß der Reichspräsident die Zustimmung der Reichstagspräsidenten, wohl im Prinzip zugestimmt habe, falls sich die Verschlebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen rechtfertigen lasse.

Rechts- und Linksradikalen.

Berlin, 17. Okt. Es scheint nun doch, als ob der Bund für Freiheit und Ordnung, dessen Verfallung am Sonntag zum Anlaß der blutigen Straßenkämpfe geworden ist, nicht ohne Schuld gewesen ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte einen Bericht gebracht, wonach die Veranlassung eines angeblich antisemitischen Charakters gehabt haben soll. Die Redner hätten unter einer schwarz-weiß-roten Fahne gestanden, auf der mit Gold die Worte „Mit Gott für Kaiser und Vaterland“ standen, und einer von ihnen hätte für den kommenden März einen Rechtskurs angekündigt. Eine Darstellung der „Berliner Volkszeitung“ erklärt sogar, der sogenannte „Selbstschutz“ des Bundes für Freiheit und Ordnung hätte in der Hauptache aus inaktivem jungen Leuten bestanden, die mit Dankschreiben geschmeichelt waren. Bei den ersten Zusammenstößen hätten sie sich auch als die schlagkräftigeren erwiesen und hätten gerufen: „Doch Tschow; schlägt die Juden tot, nieder mit der Republik!“ Schließlich lesen wir wieder in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, der Bund für Freiheit und Ordnung, der im Frühling vorigen Jahres gegründet worden sei und an dessen Spitze damals Abgeordnete des Zentrums und der Demokraten standen, hätte zunächst einen vorwiegend unpolitischen Charakter gehabt. Dieser Charakter habe sich aber verändert, nachdem Teile der nach dem Gesetz zum Schutze der Republik aufgestellten Soldaten, Offiziere und Jugendverbände des „Selbstschutzes“ in dem Bund erworben hätten. Endlich behauptet die „Volkszeitung“, es handle sich hier um eine deutsche Abart von Bolschewismus, um eine Radikalisierung der „national-sozialistischen Arbeiterparteien“, die ihren Hauptplatz in Bayern hätten.

Dem mag sein, wie ihm will, jedenfalls liegt selbst in diesem Fall die Schuld bei der Polizei, die sich vorher über den Charakter des Bundes für Freiheit und Ordnung hätte unterrichten sollen. War aber erst einmal die Verfallung geschehen — darin geben wir dem „Berliner Tageblatt“ unbedingt recht —, so mußte die Polizei sie auch schützen. Im übrigen hat eine kommunistische Versammlung, die gestern Abend in der Hafenside tagte, deutlich erwiesen, daß jeder Versuch, die Kommunisten rein zu waschen, vergeblich ist. Der Sprechere

führte aus, er bedauere den blutigen Zusammenstoß am Sonntag nicht. Die Kommunisten würden ihn nicht nur einmal, sondern hundertmal wiederholen. Man würde nicht eher ruhen, bis die Deutschen Nationalen und die gesamte Bürgerchaft des Reiches seien. Die Arbeiterschaft solle sich für die Kämpfe der nächsten Wochen bereit halten, und Herr Kemmler meint sogar, es gebe in Deutschland nur eines: entweder Bolschewismus oder Sozialismus. Schließlich berichtete ein weiterer Sprecher, 1500 Genossen seien bereits hinter Schloß und Riegel. Es sei deshalb beschlossen worden, daß heute vormittag die Betriebsräte sämtlicher Groß-Berliner Betriebe beim Polizeipräsidenten die Forderung stellen sollten, sämtliche Verhafteten sofort freizulassen. Werde dem Verlangen nicht Folge gegeben, so werden am Mittwoch sämtliche Betriebe stillgelegt. Im Laufe des gestrigen Abends fanden auch Zusammenkünfte von Frauen vor dem Polizeipräsidenten statt, deren Männer bei den Straßentämpfen verhaftet wurden. Sie verlangten sehr energisch die Freilassung ihrer Ehemänner, sogen aber ab, als sie die Zwecklosigkeit ihrer Forderungen einsahen. Unter den einstweilen noch Verhafteten befinden sich verschiedene Funktionäre der kommunistischen Partei. Ein Aufbruch der Polizei an den Anschlagorten kostete 500 000 Mark für die Ermittlung und Ergreifung der an den Gewalttaten Beteiligten aus.

Ein Amerikaner als Augenzeuge über die Berliner Tumulte.

Ein Amerikaner hat sich mit einer bemerkenswerten Jugendaufgabe über die gestrige Straßenschlacht in Berlin gemeldet. Er konnte zufällig Teile der Vorgänge vor dem Circus Busch beobachten. Ein nur gebrochen deutsch sprechender Mensch, sehr unauffällig und erdarmlich gekleidet, habe an der Stelle dauernd die auf seinen Befehl hörenden Lautsprecher auf einzelne Leute gerichtet: „Nehmt den dort; nehmt den da!“ Prompt wäre dann der Bezeichnete immer überfallen, niedergeschlagen, angepöbelnd und mißhandelt worden. — Am selben Abend traf unser Amerikaner seinen Ankläger am Kurfürstendamm in sehr eleganter äußerer Aufmachung in größerer Gesellschaft und hielt ihr nach. Es ging in das russische Luxuriosum „Montefiore“ am Kurfürstendamm, wo man zunächst hundert Mark Garderobegeld bezahlen muß. Die Gesellschaft, einschließlich des Räubersführers vom Circus Busch, sang dort an, kräftig zu schlemmen. Der Amerikaner fragte einen Bekannten, wer das sei, und erhielt die Antwort: „Oh, das sind Bolschewisten, die feiern irgendeinen Sieg!“ (Und der dumme deutsche Witzel, der das Schwert vergeblich hat: „Durch Schaden wird man klug!“ behauptet die Jode. Schriftl.)

Nachwirkungen des Marksturzes auf die deutsche Finanzlage.

Berlin, 16. Okt. Der Reichstag hat heute vormittag den vierten Nachtragsetat für 1922 angenommen, der zunächst die im Laufe des Sommers und des Herbstes gewährten Teuerungszuschläge legalisieren soll, und eine erhöhte Kreditermächtigung für den Reichsfinanzminister um 120 Milliarden Mark, die zum überwiegenden Teil wegen Zahlungen aus dem Friedensvertrag nötig sind. Während auf Grund des Moratoriums vom 21. März 1922: 720 Millionen Goldmark an Verzinsungen und 1450 Millionen an Zahlungen zu bewirken waren, die nach dem Berechnungsverhältnis von 1:70 zusammen 151,9 Milliarden ausmachten, muß heute ein Umrechnungsverhältnis von 1:700 zugrunde gelegt werden, wodurch sich der Betrag auf 1519 Milliarden erhöht. Wie der Berichtstatter hervorhob, sind das Forderungen, die jedes verhängnisvolle Maß übersteigen und denen man immer nur nach fastungslos entgegenübersehen kann. Ein weiterer Kredit von 120 Milliarden ist für die Reichsgetreidestelle zur Deckung des Umlagegetreides und des ausländischen Getreides vorgesehen, wird jedoch durch die späteren Verkäufe wieder eintommen. Die bisherigen Renten für Kriegsinvaliden sollen verdoppelt werden.

Ausland.

Eine türkische Antwort an Lloyd George.

Paris, 17. Okt. Der „Temps“ veröffentlicht eine türkische Antwort auf die Rede Lloyd Georges, in der der Pariser Vertreter der türkischen Regierung mit den angeführten „Zerwürfungen und Verleumdungen“ dieser Rede abrednet. Die Behauptung Lloyd Georges, daß die Türken kalten Blutes und ohne Skrupel eine halbe Million Armenier und 500 000 Griechen ermordet hätten, sei unhaltbar. Die armenische Bevölkerung habe nach allen türkischen und europäischen Statistiken niemals mehr als 1 175 000 Köpfe gezählt. Von diesen seien nach der Behauptung der Gegner fast 100 000 Köpfe in den Kaufasien geflohen und 52 000 seien, wie das französische Kommissariat in Syrien offiziell festgestellt habe, aus der Provinz Adana ausgewandert. Woher Armen schließlich die Armenier, die sich noch in Konstantinopel und sonst in der Türkei aufhielten? Es seien im Krieg beinahe zwei Millionen Armenier gekommen, da die türkische Armee nach zwei Fronten zu kämpfen geübt habe, auf der einen Seite gegen die kollektiv russischen Truppen, auf der anderen Seite gegen die armenischen Aufständischen, die einen erbarmungslosen Guerillakrieg gegen ihre Landsleute geführt hätten. Was Lloyd Georges Behauptung über die Ermordung der Griechen betreffe, so müsse man sich wundern, wie ein Staatsmann die Wahrheit so entstellen dürfe. Ob Lloyd George etwa die 500 000 griechischen Opfer gezählt habe? Nicht erwähnt habe er dagegen die griechischen Greuelthaten und die Verwüstungen in Anatolien? Was werde man

von Großrumänien.
am Montag vormittag fand in
von Großrumänien in den
Als Vertreter Deutschlands
Oesterreich war durch den
ersten europäischen Nationalen
ht. König Ferdinand trat
Königin Maria trat ein
ittag fand eine große Trau-
die Festteilnehmer nach Be-
stigt sind in der Dama

ngt sich.
griechische Vertreter Stimo-
ania unterzeichnet und hat
In dem Wünsche, sich be-
steht die griechische Regie-
sie sich beugen müsse.“
Vertreter der Angora-Regie-
des Rudania-Abkommens
gemeldet wird, hat die Wä-
schen Organe um Mitternacht
begonnen. Der Räumungs-
Griechen und den Be-

drückte Auswärtige in
en, Klapp-Sportwagen
einfach bis hochsein.
bel, Ruhestühle,
und Lederwaren
ausführung kaufen Sie billig in
ross, Pforzheim,
erstraße und Baumstr.

Neuenbürg,
Deckreis.
Bedarfsanmeldungen können
Laufe dieser Woche in der
Stadtpflege gemacht werden
Stadtpfleger E. H. A.

Spurlos
verschwinden
an alle Hausvermietungen u. Haus-
umzüge, wo Blüthen, Mühen
durch täglichen Gebrauch der röm.

Steckenferd-
Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radde-
n 10, L. d. Apoth., Drog. u. Parfümerie-
Neuenbürg; A. Lastnauer, Markt-
Mahl, Selsenfabrik

Zurichter,
tüchtiger, für Alpen-
aren, sowie tüchtige
Stuis- und
Dosenmacher,
welche auf hohen Lohn zu
ruch machen können, gefucht
Scholl A.-G.,
Neuenbürg.

Kapfenhardt,
Zugelassen
schwarzer Halb-
it weißer Brust, kann gegen-
rückungsgeld und Futter-
ld innerhalb 8 Tagen abge-
ld werden, andernfalls wird
verkauft.
Paul Widmaier,
Wilbba.

Junger
Wolf
zugelassen,
gen Einrechnungsgeld und
alb drei Tagen abzuholen.
Gale Wittmann.

Hand-Datumstempel
ir Kanzleien und Büros
fort lieferbar.
Meel'sche Buchdruckerei
Tüchtige
Mädchen
anonyme Dauer-
i hohem Lohn, sehr gut
behalten und Bezahlungs-
stuch.
Judith an
rau & Vater, Stuttgart
Korbart-entstraße 15.

